

Budget 2021

Änderungsanträge SVP-Fraktion vom 24. November 2020

Finanzdepartement: Personalamt, Seite 57-58

Institutionelle Gliederung		Budget 2021		Budget 2020		Rechnung 2019	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
2200	Personalamt						
3010.50	Leistungsprämien	87'900.00					
		<u>43'950.00</u>					
3010.80	Lohnsummenentwicklung Verwaltung	309'000.00					
		<u>137'500.00</u>					
3020.80	Lohnsummenentwicklung Lehrpersonen	86'400.00					
		<u>38'400.00</u>					
3050.80	Lohnsummenentwicklung Sozialversicherungsbeiträge	31'600.00					
		<u>14'100.00</u>					
3051.80	Lohnsummenentwicklung Personalversicherungsbeiträge	47'500.00					
		<u>21'200.00</u>					
3053.80	Lohnsummenentwicklung Kranken- und Unfallversicherung	1'400.00					
		<u>700.00</u>					

P.S.: Änderungen und Ergänzungen gegenüber Antrag des Regierungsrats vom 8. September 2020 sind unterstrichen. Wegfallendes ist durchgestrichen.

Individuelle Lohnsummenentwicklung: 0.4% statt 0.9% der Lohnsumme
 Leistungsprämien: 0.1% statt 0.2% der Lohnsumme

Begründung:

Allgemeines:

Die Situation in unserem Land und weltweit hat sich durch das Pandemieproblem «Covid-19» auf vielen Fronten stark geändert und ist nach wie vor sehr dynamisch. Die zweite Welle in diesem Herbst hat die allgemeine Situation nochmals deutlich verschlechtert. So haben diverse Unternehmen in der Privatwirtschaft zum Teil grosse existentielle Schwierigkeiten und stehen sprichwörtlich vor dem Ruin. Auch sonst beobachten wir an den meisten Fronten allgemein zurückgehende Erträge im Inlandgeschäft, wie auch im Export/Importbereich. Die Margen verschlechtern sich markant oder kippen gar ins Negative. Natürlich gibt es da glücklicherweise auch ein paar Ausnahmen. Aber zweifelsohne ist die Hochkonjunkturzeit relativ markant abgebremst worden, die Verunsicherung ist auf breiter Front da, und es braucht Zeit für die Erholung. Vor diesem Hintergrund ist der vorgesehene sehr grosszügige Lohnabschluss in voller Höhe beim Obwaldner Staatspersonal aktuell leider sehr weltfremd. Man soll bitte auch bedenken, dass der Lohnentscheid des Kantonsrates durchaus wegweisend für Gemeinden, Alters- und Pflegeheime und sonstige staatsnahe Betriebe in unserem Kanton ist.

Detailargumente:

- Damit verbunden sind sehr viele Menschen in der Schweiz unerwartet in Kurzarbeit geraten. Einige davon haben Ihren Job auch verloren oder stehen leider kurz davor. Die Krise ist kaum ein kleiner Sturmwind, sondern wird uns wahrscheinlich noch längere Zeit mit all Ihren Nachwehen beschäftigen.
- Entsprechend sind die Lohnabschlüsse mit diesem Hintergrund praktisch überall in der Schweiz und weltweit notgedrungen in kurzer Zeit magerer geworden. Die Nachrichten differieren zusammengefasst im Schnitt zwischen 0.0% bis 0.5%, einzelne Ausreisser nicht beachtet.
- Die Fiskaleinnahmen im Schweizer Staatswesen sind natürlich logischerweise auch auf allen Ebenen rückläufig. In welcher exakten Höhe werden wir wohl erst Mitte nächstes Jahr wissen. Aber niemand bestreitet dies, es geht eigentlich nur darum, in welcher Höhe und nicht ob die Rückläufigkeit stattfinden wird. Wir stellen uns in Obwalden ja auch mal im Budget etwas darauf ein mit rund -6% Planung bei den Fiskaleinnahmen. Somit ist die Finanzlage für die Deckung der Aufwendungen bei Bund, Kanton und Gemeinden natürlich nicht einfacher geworden.
- Die SVP-Fraktion meint zu spüren, dass doch grössere Bevölkerungsgruppen vor diesem Hintergrund kein Verständnis für den vollständigen ursprünglichen Anpassungsplan der Regierung im Bereich der geplanten Lohnentschädigungen hat. 1.6% (oder nach Lesart gar 2.1%, die strukturelle Anpassung kommt ja mit 1% per 1. August und ist somit ein fast vorgegebener Automatismus für 2022) wird allgemein als ein zu grosszügiger Abschluss in diesen härteren Zeiten und Schwierigkeiten vieler Leute angesehen.
- Kumuliert bleiben bei Annahme unseres Änderungsantrages ja immer noch 1.0% bzw. 1.5%, was durchaus als recht grosszügig in diesen Zeiten angesehen werden kann. Die SVP will an der strukturellen Erhöhung und sanften Annäherungsanpassung gegenüber den umliegenden Kantonen bewusst nicht rütteln. Wir wollen das Staatspersonal auch nicht düpieren mit Kahlschlägen oder Extremforderungen. Wir schätzen die Leistungen des Personals und denken, dass dieser Abschluss sicher immer noch sehr fair wäre. Auch glauben wir, dass viele Betroffene nach Analyse dies rational durchaus nachvollziehen könnten.
- Diese Korrektur ist somit lediglich eine sanfte Anpassung der Lohnsteigerung und Mitberücksichtigung der weltweiten Realitäten. Eine echte Kürzung ist es ja nach wie vor nicht und wird aktuell von unseren Kräften auch nicht angestrebt.
- Man darf auch nicht vergessen, dass das Staatspersonal auch in diesen härteren Zeiten praktisch eine Jobgarantie hat. Der Verlust der Arbeitsstelle ist kaum ein Thema. Dies alleine ist im Vergleich mit vielen Einwohnern dieses Landes schon sehr viel wert.